

# Offensive gegen Genossenschaften abgewehrt – vorerst

Bewohner von gemeinnützigen Wohnungen sollen nicht mehr als das Vierfache der Miete verdienen dürfen, fordern Bürgerliche. Die Stadtregierung winkt ab.



Einwohner von gemeinnützigen Wohnungen sollen an die Kandare genommen werden: Siedlung Sonnengarten im Triemli. Bild: Reto Oeschger

Die Einzelinitiative «Fairness bei staatlich gestützten Wohnbauträgern» (oder 4:1-Initiative) betreffe in erster Linie Wohnungen von gemeinnützigen Genossenschaften und wolle diese flächendeckend mit sehr restriktiven Vermietungsvorschriften belegen, schreibt der Zürcher Stadtrat in einer Mitteilung von heute Mittwoch.

Mit der Initiative aus FDP-Kreisen soll der wohnpolitische Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung so umgesetzt werden, dass Menschen, die sich aufgrund ihres Einkommens, ihres Vermögens oder ihrer persönlichen Verhältnisse keine Wohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt leisten können, bei staatlich gestützten Wohnbauträgern eine finden.

Konkret verlangt die Initiative, dass der Bruttolohn das Vierfache der Mietkosten nicht überschreiten darf. Weitere Forderungen sind angemessene Belegungsvorschriften, eine periodische Überprüfung sowie ein Sanktionenkatalog. Darüber hinaus sollen mit der Schaffung eines öffentlichen Registers Vergleichbarkeit und Transparenz geschaffen werden.

Eine Limitierung des Bruttolohnes auf das Vierfache der Mietkosten ist nach Meinung des Stadtrates «weder zweckmässig noch zielführend». Sie widerspreche zudem einer sozial vielseitigen Zusammensetzung der Siedlungen und Quartiere.

## Wohnpolitische Ziele in Frage gestellt

Die Förderung durch die Stadt habe zwar wesentlich zum hohen Anteil genossenschaftlicher Wohnungen geführt, schreibt die Exekutive. Die Stadt sei aber lediglich subsidiär zur Eigeninitiative der Genossenschaften tätig.

Restriktive städtische Vermietungsvorschriften, wie sie die Einzelinitiative fordert, führten in letzter Konsequenz dazu, dass die Genossenschaften keine Verträge mehr mit der Stadt eingehen würden.

13.05.2015

## Stichworte

[Wohnen in Zürich](#)

[Stadtrat Zürich](#)

## Artikel zum Thema

### Reiche in Stadtwohnungen: Das will die Stadt tun



Ein FDP-Komitee will Daniel Leupi dazu bringen, sämtliche Wohnungen der Stadt genau unter die Lupe zu nehmen. Die Stadt arbeitet aber bereits an neuen Regeln – und rechnet damit, dass manche umziehen müssen. [Mehr...](#)

Von Jvo Cukas 28.02.2014

### SVP-Gemeinderätin bekämpft, was ihr selbst vorgeworfen wird

Hedy Schlatter möchte Stadtwohnungen nur an Einkommensschwache vergeben. Dabei wohnt die Millionärin selber auch in einer Stadtwohnung. [Mehr...](#)

Von Thomas Zemp, Pascal Unternährer und Ruedi Baumann 21.01.2014

## Dossiers

[Wohnen in Zürich](#)

## Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

## Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

Verliere die Stadt die Genossenschaften als Kooperationspartnerinnen und als Hauptträgerinnen des gemeinnützigen Wohnungsbaus, könnten die hochgesteckten wohnpolitischen Ziele nicht erreicht werden. Gemäss Gemeindeordnung soll der Anteil gemeinnütziger Wohnungen im Jahr 2050 ein Drittel betragen.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Der Stadtrat hat bei verschiedenen Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus und beim Mieterinnen- und Mieterverband eine Vernehmlassung durchgeführt. Das Resultat war einhellig: In sämtlichen Stellungnahmen wurde die Einzelinitiative abgelehnt. Deshalb beantragt die Stadtregierung dem Gemeinderat, die Einzelinitiative «Fairness bei staatlich gestützten Wohnbauträgern» abzulehnen. (pu/sda)

(Erstellt: 13.05.2015, 16:48 Uhr)

MARKTPLATZ



1000-objekte  
<http://www.1000-objekte.ch>



fundsachenverkauf.ch  
<http://www.fundsachenverkauf.ch>